

Entlastung für Österreich: Bundestag streicht Gasspeicherumlage!

Der Deutsche Bundestag hat am 20. Dezember 2024 die Gasspeicherumlage abgeschafft, um österreichische Unternehmen zu entlasten.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 20.

Dezember 2024 hat der Deutsche Bundestag eine wegweisende Entscheidung getroffen: die Abschaffung der Gasspeicherumlage, wie sie von **Österreichs Wirtschaftsbund Niederösterreich** positiv hervorgehoben wird. Diese Maßnahme könnte eine spürbare Entlastung für die österreichische Wirtschaft zur Folge haben. Vor der Entscheidung drohte eine beträchtliche finanzielle Belastung von etwa 275 Millionen Euro jährlich für die heimischen Gasbezieher, was einem enormen Druck von rund 750.000 Euro pro Tag gleichgekommen wäre. Wolfgang Ecker, Präsident des Wirtschaftsbundes, betonte, dass die Umlage besonders energieintensive Branchen stark belastet hätte, was in der derzeitigen wirtschaftlichen Lage nicht tragbar wäre.

Zusätzlich reagierte der Bundestag auf die Bedenken mehrerer osteuropäischer Staaten sowie Österreichs, die die Umlage als hinderlich für die Unabhängigkeit von russischem Gas empfanden. Laut **n-tv** wird die Umlage ab dem 1. Januar 2025 nur noch für Inlandsentnahmen erhoben, während sie für grenzüberschreitende Lieferungen wegfällt. Dies bedeutet, dass ab Januar 2025 die Maut für Transporte aus Deutschland um fast 20 Prozent auf 2,99 Euro pro Megawattstunde ansteigt, was die Kosten für den Gastransfer in Europa steigert. Die ursprüngliche Einführung dieser Umlage fand während der Energiekrise statt,

um die Speicherkosten in Deutschland auf die Nutzer umzulegen. Österreich und andere betroffene Länder hatten zuletzt auf eine rasche Aufhebung gedrängt.

Die Abschaffung der Gasspeicherumlage wird als ein erster Schritt in die richtige Richtung gewertet, um die heimische Wirtschaft zu entlasten und klare, planbare Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Unternehmen ermöglichen, erfolgreich zu agieren. So fordert Ecker eine verbesserte Stabilität, um den Herausforderungen, die durch externe Einflüsse entstehen, besser begegnen zu können.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ursache	Energiekrise
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Schaden in €	275000000
Quellen	• www.ots.at • www.n-tv.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at